

CDU-Fraktion (Antrag Nr. 0051/2010)

Eingereicht am 06.01.2010 um 16:10 Uhr.

Ratsversammlung 14.01.2010

Antrag der CDU-Fraktion zur Gewaltprävention

Antrag zu beschließen:

Der Rat der Landeshauptstadt Hannover fordert die Verwaltung auf, aus den vorhandenen Präventionsmitteln gegen extreme Gewalt und extremes Gedankengut, Projekte und Maßnahmen im eigenen Bereich und bei den freien Trägern gegen Rechtsextremismus und den wieder stark ansteigenden Linksextremismus zu organisieren bzw. zu fördern.

Begründung

Dem Anstieg von Links- und Rechtsextremismus muss mit allen finanziellen, organisatorischen Mitteln und werbewirksamen Maßnahmen entgegengewirkt werden.

Rainer Lensing
Vorsitzender

Hannover / 07.01.2010